

3,78 Milliarden Euro Fördermittel für Mittelstand

Für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) sind in den Jahren von 2019 bis 2025 rund 3,78 Milliarden Euro an Fördermitteln für insgesamt 22.631 Projekte bewilligt worden. Das geht aus der Antwort (21/5962) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (21/4411) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Demnach wurde im Jahr 2021 mit rund 755,84 Millionen Euro die höchste Fördersumme bewilligt, damit seien 4.458 Projekte finanziert worden. Die niedrigste Fördersumme wurde im Jahr 2023 verzeichnet, damals wurden 2.337 Projekte gewährt.

Das ZIM ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Damit werden kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk und die freien Berufe unterstützt.

Forschende Mittelständler fürchten Kürzungen bei der Förderung

Auf der Hannover Messe wurde wieder der Forschergeist als eine wichtige Errungenschaft für Deutschland betont. Der Mittelstand aber sorgt sich, dass bald schon wichtige Förderprogramme dem Sparzwang zum Opfer fallen.

Im Mittelstand mehren sich die Zweifel: nicht nur weil die Regierung unlängst eine Entlastungsprämie für Arbeitnehmer erdacht hat, die die Wirtschaft zahlen soll. Längst geht die Sorge um, dass gerade der innovative Mittelstand dem Sparzwang, unter dem die Regierung steht, zum Opfer fallen wird.

Es geht um das Zentrale Innovationsprogramm, kurz ZIM, und mit ihm auch um das zweite Programm: Inno-Kom. Beide Programme verwaltet das Wirtschaftsministerium. Wie alle Minister muss auch Katherina Reiche (CDU) ein Prozent ihres Etats einsparen. Während Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) weiter auf Investitionen in Forschung und Entwicklung pocht und dafür sogar bereit ist, auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Bafögs zu verzichten, droht dem Mittelstand ausgerechnet aus dem Wirtschaftsressort Ungemach.

Mit Sorge beobachten die Unternehmer, dass die zentralen Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen seit Jahren stagnieren. „Derweil fließt mehr Geld an die Großen“, heißt es beim Verband innovativer Unternehmen (Viu). Verbandschef Uwe Möhring sagt: „Angesichts der laufenden Umverteilung der Mittel sorgen wir uns stark um die Zukunft der existenziell wichtigen Projektförderung.“

Industrie fragt Steuerzulage nach

Mit dem „Geld für die Großen“ adressiert der Verband die sogenannte Forschungszulage, in Amtsdeutsch: steuerliche Forschungsförderung. Diese können Unternehmen mit eigenem Forschungspersonal beim Finanzamt geltend machen. Die schwarz-rote Koalition hatte die Bedingungen zuletzt erst verbessert.

Inzwischen betragen die förderfähigen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung eines Unternehmens insgesamt zwölf Millionen Euro. Die Fördersätze liegen für kleine und mittlere Unternehmen bei 35, für Großunternehmen bei 25 Prozent. Die Nachfrage ist groß, wie in diesem Jahr das Mannheimer Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) analysiert hat. Vor allem aber nutzen große Unternehmen das Instrument, um ihre Forschung steuerlich geltend zu machen.

Die forschenden Mittelständler fürchten, dass die Förderungen gegeneinander ausgespielt werden. Diese Sorge existiert auch im Wirtschaftsministerium. „Es droht eine Kürzung für 2027“, heißt es dort. Von nur noch 530 statt der geplanten 560 Millionen Euro ist die Rede. Dabei sei ZIM das „Flaggschiff“ für die Forschung im Mittelstand. Im laufenden Jahr sind 558 Millionen eingeplant.

Beide Instrumente seien viel zu unterschiedlich, um sie zu vergleichen, warnt Vii-Präsident Möhring. „In Kooperationen mit gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen, Fraunhofer-Gesellschaften oder Hochschulen müssen Mittelständler im Fall der Forschungszulage über drei Viertel der externen Kosten selbst tragen“, erklärt Möhring einen aus seiner Sicht großen Nachteil für den Mittelstand. Bei ZIM-Kooperationen würden die Fördermittel für jeden Partner vollständig, bei Inno-Kom zu 70 Prozent durch Fördermittel gedeckt. „Und werden prozessbegleitend ausgezahlt.“

Experte warnt vor Kürzungen

Kleine und mittlere Unternehmen seien oft auf Forschungsk Kooperationen angewiesen, weil sie sich keine eigenen Forscher leisten können. Auch seien sie meist nicht in der Lage, in Millionenhöhe vorzufinanzieren. Bei der Forschungszulage haben Unternehmen bis zu vier Jahre Zeit, ihre Aufwendungen steuerlich geltend zu machen. Weitere Jahre können vergehen, bis das Finanzamt den Antrag positiv bescheidet.

Das ZIM-Programm gilt nicht nur für den Mittelstand als erfolgreich, sondern auch volkswirtschaftlich. Laut ZEW-Studie führte 1 Euro Förderung in den Jahren 2020 bis 2023 mit 1,90 Euro zu „signifikant höheren“ Ausgaben für Forschung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen „bei einer insgesamt schlanken Administration des Programms“, wie ZEW-Forscher Christian Rammer berichtet. Bei der Forschungszulage werden keine zusätzlichen Investitionen ausgelöst.

Dennoch hat das Steuermodell derzeit mehr Freunde, vor allem im Finanzressort. Wie es hieß, preise das Haus von Minister Lars Klingbeil (SPD) die steuerliche Förderung als schnell und bürokratiearm an. Der wahre Grund aber sei, dass der Bund die Rechnung für die Forschungsumlage erst Jahre später begleichen müsse, wenn er auf Steuereinnahmen verzichte. Die Förderprogramme hingegen haben eigene Etatposten, die Jahr für Jahr mit Geld unterlegt werden müssen.

ZEW-Forscher Rammer empfiehlt, bei allen Sparzwängen „nicht bei Investitionen in die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sparen“ – weder bei ZIM noch bei der Forschungszulage. Besser sei es, Subventionen zu kürzen oder industrielle Einzelprojekte „mit fragwürdiger Nachhaltigkeit“ zurückzufahren. „Auch könnte die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen hinterfragt werden, da angesichts der hohen Energiepreise ausreichende Anreize bestehen, in mehr Energieeffizienz zu investieren.“

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum 2027 ausgeschrieben

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum fördert seit 30 Jahren eine nachhaltige Strukturentwicklung auf kommunaler Ebene. Jetzt startet die Ausschreibung für das Programmjahr 2027.

Im Rahmen der letzten Programmentscheidung 2026 unterstützte das Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) in 453 Gemeinden über 1.100 Strukturmaßnahmen mit insgesamt 112,4 Millionen Euro. „Auch im Programmjahr 2027 bietet das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum wieder ein passendes Förderangebot für kommunale und private Projekte“, sagte die Ministerin für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat, Marion Gentges, am Freitag, 22. Mai 2026, anlässlich der Ausschreibung des ELR-Jahresprogramms 2027.

Das ELR ist ein vielseitiges Förderinstrument, welches sich seit mehr als drei Jahrzehnten bewährt hat. In den vier Förderschwerpunkten Innenentwicklung/Wohnen, Grundversorgung, Arbeiten und Gemeinschaftseinrichtungen können auch 2027 sowohl kommunale als auch private Investitionen mit Zuschüssen gefördert werden. **Interessierte private Investoren erhalten nähere Informationen bei ihrer Gemeindeverwaltung vor Ort, die bei der Antragsstellung unterstützt.**

Voraussetzung für die Aufnahme in das ELR-Jahresprogramm 2027 ist ein Aufnahmeantrag der Gemeinde. Anträge auf Aufnahme in das Jahresprogramm können Städte und Gemeinden **bis zum 30. September 2026** digital beim zuständigen Regierungspräsidium stellen.

Mehr als 5,7 Millionen Euro Förderung für Unternehmen in Niedersachsen

Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne hat Förderbescheide aus der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und dem Europäischen Fonds für regional Entwicklung (EFRE) an fünf Unternehmen aus Niedersachsen überreicht. Mit den Zuschüssen in Höhe von insgesamt rund 5,74 Millionen Euro werden Investitionen von mehr als 34,3 Millionen Euro unterstützt.

Die geförderten Vorhaben reichen von Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen über Unternehmensnachfolgen bis hin zum Ausbau von Produktionskapazitäten. Insgesamt sollen durch die Projekte mehr als 14 neue Dauerarbeitsplätze sowie mehrere Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die GRW ist das wichtigste regionale Investitionsförderprogramm in Deutschland. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in strukturschwächeren Regionen nachhaltig zu fördern.

Wir unterstützen Sie gern mit unserer langjährigen Erfahrung bei der Erlangung von Fördermitteln der verschiedenen Zuwendungsgeber. Sprechen Sie uns einfach an, um ein erstes unverbindliches Treffen zur Projekterörterung abzustimmen.

PPM Managementberatung GmbH

Thea-Bähnisch-Weg 30

30657 Hannover

Telefon: 0511/6060960 / Mail: info@ppm-gmbh.de

Bitte teilen Sie uns mit, wenn Sie keine weiteren Informationen von uns erhalten möchten.